

So wird die Politik in den Schweizer Gemeinden geprägt

Das nationale Gemeindemonitoring gibt einen Einblick in das Profil der Mitglieder der Schweizer Gemeindebehörden. Es zeigt auch, welche Veränderungen sich Milizpolitikerinnen und -politiker für ihr Amt wünschen.

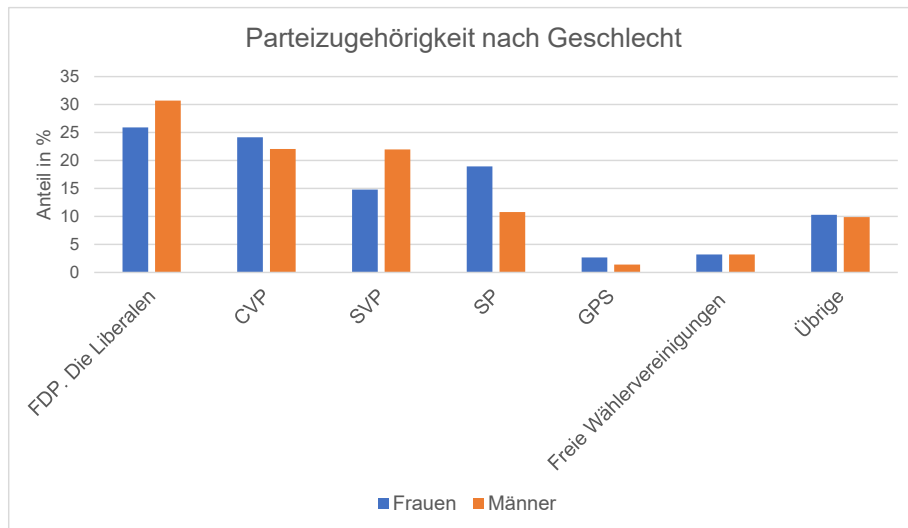
Die Gemeindeexekutiven prägen massgeblich die Politik in den Schweizer Gemeinden. Doch so leicht lassen sich Kandidierende für dieses Gremium nicht mehr finden. Die Hälfte der Gemeinden gibt in einer schweizweiten Befragung (vgl. Kasten) an, mit grossen Herausforderungen bei der Suche nach geeigneten Kandidatinnen und Kandidaten für die Exekutivämter konfrontiert zu sein. Dabei ist der Personalbedarf beachtlich: Schweizweit sind 13000 Exekutivsitze zu besetzen, auch wenn durch Gemeindefusionen die Anzahl innerhalb von zehn Jahren um 2000 gesunken ist. Auswahl für die Stimmberechtigten ist nicht mehr die Regel: Lediglich in drei von fünf Gemeinden finden noch eigentliche Wahlen statt.

Das Durchschnittsalter der Gemeinderäte steigt weiter an

Im Durchschnitt sind die Exekutivpolitikerinnen und -politiker 52 Jahre alt, das sind zwei Jahre mehr als zehn Jahre zuvor. Der Anteil der über 55-Jährigen ist gestiegen (von 32% auf 41%). Leicht rückläufig ist die Vertretung der unter 39-Jährigen (von 13% auf 11%). In der Gesamtbevölkerung beträgt der Anteil dieser Altersgruppe 27%. Jüngere Altersgruppen sind in den kommunalen Exekutiven also klar unterrepräsentiert. Fast zwei Drittel der Exekutivmitglieder sind zum Zeitpunkt ihrer Wahl schon länger als 20 Jahre in der Gemeinde wohnhaft. Im Durchschnitt sind es sogar 30 Jahre. Die familiären Verhältnisse, in denen die Exekutivmitglieder leben, sind häufig klassisch: So sind knapp 80% von ihnen verheiratet und 85% haben Kinder.

Die Hälfte ist parteilos

Nur noch 54% der Exekutivmitglieder gehören einer politischen Partei an, während 46% parteiunabhängig sind. Das Links-Rechts-Schema spielt damit auf der kommunalen Ebene eine deutlich geringere Rolle als in den Kantonen oder auf Bundesebene. Von denjenigen, die einer politischen Partei angehören, vertritt die grosse Mehrheit,



46% der Exekutivmitglieder sind parteiunabhängig. Von denjenigen, die einer politischen Partei angehören, vertritt die grosse Mehrheit eine der vier Bundesratsparteien.

Grafik: ZHAW

nämlich 85%, eine der vier Bundesratsparteien. In den lokalen Exekutiven am stärksten vertreten ist die FDP mit 29%, gefolgt von der CVP mit 23%, der SVP mit 20% und der SP mit 13%. Innerhalb von zehn Jahren konnten die FDP, CVP und SVP ihre Anteile insgesamt gesehen leicht ausbauen, der Anteil der SP war rückläufig.

In der «politischen Mitte» verortet

Auf einer Skala von links (= 0) bis rechts (= 10) verorten sich die Exekutivmitglieder selbst politisch bei 5.8 und damit in der Mitte. Der Wert liegt etwas weiter rechts als zehn Jahre zuvor, als dieser noch bei 5.5 lag. Männer stufen sich weiter rechts ein (6.0) als Frauen (5.1). Das politische Klima nehmen die Kommunalpolitiker positiv wahr. 88% der Exekutivmitglieder bezeichnen dieses als gut.

Die Zusammenarbeit mit Exekutivmitgliedern, die nicht derselben politischen Richtung zugerechnet werden, wird immerhin noch von 79% der Exekutivmitglieder als gut bezeichnet. Innerhalb von zehn Jahren ist das Bildungsniveau der Exekutivmitglieder in

den Schweizer Gemeinden gestiegen. Mehr als ein Drittel von ihnen hat einen Hochschulabschluss. In Bezug auf die berufliche Situation der Exekutivmitglieder ist auffällig, dass höhere und mittlere Kader mit knapp 40% stark vertreten sind.

Frauenanteil bleibt tief

Weiterhin tief ist der Frauenanteil: Lediglich jeder vierte Exekutivsitz in den Schweizer Gemeinden ist mit einer Frau besetzt (26%). Im vergangenen Jahrzehnt ist nur ein bescheidener Anstieg des Frauenanteils feststellbar, lag dieser doch vor zehn Jahren bei 23%.

Hohes zeitliches Engagement

Das Exekutivamt ist mit viel Aufwand verbunden. In der Hälfte der Gemeinden werden ordentliche Sitzungen alle zwei Wochen abgehalten, in einem Drittel der Gemeinden wöchentlich. Nur in einer von fünf Gemeinden finden Sitzungen seltener als alle zwei Wochen statt. Die Sitzungsdauer beträgt durchschnittlich etwas mehr als zweieinhalb Stunden. Der wöchentliche Zeitaufwand für die Tätigkeit im Exekutivamt

beträgt gemäss Eigenangaben durchschnittlich 12 Stunden, wobei die Gemeindepräsidenten mit 19 Wochenstunden im Schnitt deutlich mehr Zeit für das Exekutivamt aufwenden als die übrigen Exekutivmitglieder mit 10 Stunden. Im Beobachtungszeitraum hat der Zeitaufwand für die Lokalpolitikerinnen und -politiker zugenommen. Damals lag der wöchentliche Aufwand für die Präsidenten noch bei 16 Stunden, für die restlichen Exekutivmitglieder bei 9 Stunden. Dieses hohe zeitliche Engagement mag erklären, weshalb die Exekutivmitglieder tendenziell älter sind. Jüngere mit beruflichen Ambitionen und familiären Verpflichtungen können das geforderte Engagement nur schwer erbringen. Das zeitliche Engagement führt zu einer Belastung im Privatleben: 61% der Befragten geben an, dass ihr Privatleben durch das Exekutivamt beeinträchtigt wird. Wenn auch etwas weniger stark als das Privatleben, wird bei 30% das Berufsleben durch das Exekutivamt belastet.

Mehr als die Hälfte wünscht sich höhere Entschädigung

Präsidenten werden mit durchschnittlich 28800 Franken, die übrigen Exekutivmitglieder mit 13200 Franken jährlich entschädigt. Die Höhe der Entschädigung nimmt mit zunehmender Gemeindegrosse deutlich zu. Mit Abstand am meisten beziehen die Exekutivmitglie-

der in den Städten ab 20000 Einwohnenden: Dort sind es jährlich durchschnittlich 184000 Franken für das Präsidium und 105000 Franken für die übrigen Exekutivmitglieder. Ob diese Entschädigungen für das Engagement in der Exekutive angemessen sind, bietet Diskussionsstoff, und deshalb haben in den letzten Jahren zahlreiche Gemeinden die Entschädigungen erhöht. Dennoch werden diese von mehr als der Hälfte der Exekutivmitglieder nach wie vor als zu tief angesehen.

Wie Attraktivität steigern?

Die Exekutivmitglieder haben Vorstellungen, wie die Attraktivität des Amtes nachhaltig gesteigert werden kann: Zwei Drittel glauben an die Wirkung einer höheren Entschädigung, gefolgt von einer besseren Trennung der strategischen und der operativen Aufgaben (59%) und der Möglichkeit einer Teilzeitanstellung statt eines reinen Milizamts (57%). Genau die Hälfte fordert auch mehr Kompetenzen für die Exekutive.

Die amtierenden Exekutivmitglieder sind mit ihrem Amt alles in allem aber relativ zufrieden. Auf einer «Zufriedenheitsskala» von 0 bis 10 kann ein relativ hoher Mittelwert von 8 verzeichnet werden. Allerdings lassen sich zwischen den Sprachregionen gewisse Unterschiede erkennen: So sind die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte in der

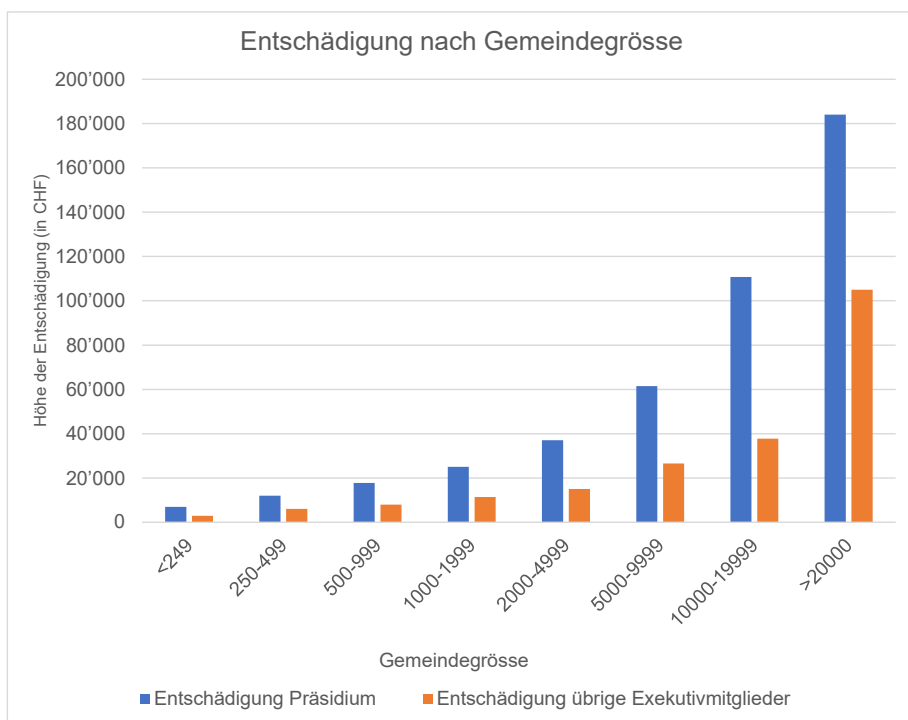
Nationales Gemeindemonitoring

Die ZHAW School of Management and Law und das IDHEAP der Universität Lausanne befragen im Abstand von fünf Jahren alle Gemeindeglieder und Exekutivmitglieder der Schweiz. Die neusten Daten des durch den Schweizerischen Nationalfonds finanzierten Monitorings wurden 2017 erhoben. 8000 von 13000 Exekutivmitgliedern haben sich an der Befragung beteiligt.

französischsprachigen und der deutschsprachigen Schweiz leicht zufriedener als diejenigen im Tessin.

Die trotz zeitlicher Belastung hohe Zufriedenheit mit der Arbeit in der Exekutive zeigt sich bei der Beurteilung, ob am Milizsystem festgehalten werden soll: Auf einer Skala von 1 (= nicht zeitgemäss) bis 7 (= sehr zeitgemäss) attestieren die Exekutivmitglieder mit dem Wert von 5, dass sie an die Zukunft des Milizsystems glauben.

Der Widerspruch, dass die Bevölkerung sich nur noch zurückhaltend für politische Ämter interessiert, diejenigen, die ein Amt bekleiden, mit diesem aber durchaus zufrieden sind, könnte der Ausgangspunkt für eine Attraktivitätssteigerung des Exekutivamts sein: Eine Hauptherausforderung besteht darin, die Bedeutung und den Wert eines Engagements für die *res publica* bei den potenziell Kandidierenden wieder deutlicher sichtbar zu machen und die Vereinbarkeit mit Beruf und Privatleben zu stärken.



Die Höhe der Entschädigung nimmt mit zunehmender Gemeindegrosse deutlich zu. Mit Abstand am meisten beziehen die Exekutivmitglieder in den Städten ab 20000 Einwohnenden.

Grafik: ZHAW



Reto Steiner
 Professor für Public Management
 und Direktor der ZHAW School
 of Management and Law
Claire Kaiser, wissenschaftliche
 Mitarbeiterin der ZHAW
Jana Machljankin, Doktorandin an der
 ZHAW

Quelle: «NZZ» vom 20. Oktober 2020